

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 60 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neumann 30 Pf.

Preussischer Landtag. Herrenhaus.

8. März. Sitzung vom 28. März.

Präsident Fürst zu Wied erbittet und erhält die Genehmigung, dem Fürsten Bismarck am 1. April zum Geburtstag zu gratulieren.
Ohne Diskussion wird der Antrag zum Verträge mit Schwarzburg-Rudolstadt wegen Errichtung eines gemeinschaftlichen Landgerichts in Rudolstadt, sowie der Vertrag mit den thüringischen Staaten wegen Errichtung gemeinschaftlicher Schwurgerichte in Gera und Meiningen angenommen.

Ebenso passiert die Kreis-Synodalordnung für die evangelischen Gemeinden in den hohenzollernschen Landen. Auch die Gesetze betreffend die Vertretung des Kreis-Synodalverbandes der evangelisch-lutherischen Kirche Schleswig-Holsteins und der Synodalverbände des Bezirks Westfalen werden genehmigt.

Es folgt die Beratung des Antrags des Oberbürgermeisters Ziegler: Die Regierung aufzufordern, in den Etat für 1898 Mittel einzustellen, um den an den Staat und von anderen gemeinschaftlich zu unterhaltenden höheren Lehranstalten angestellten Direktoren und Lehrern diejenigen Gehaltsbezüge vom 1. April 1897 ab zu gewähren, welche die an den rein staatlichen Anstalten angestellten Lehrpersonen seit diesem Zeitpunkt beziehen.

Nachdem sich der Kultusminister Dr. Boffe dagegen erklärt, wird der Antrag abgelehnt.

Schließlich wird noch eine Reihe von Petitionen nach den Vorschlägen der Kommission erledigt.

Sodann verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen.
Tagesordnung: Anstaltengesetz, Zentralgenossenschaftsgesetz.

Kriegslärm und Friedenshoffnung.

Unzweifelhaft hat nach dem Bekanntwerden des angeblichen Verfalls der Kommission, welche die Ursache der Explosion auf dem amerikanischen Kriegsschiff „Maine“ festzustellen sollte, der spanisch-amerikanische Streit eine bedrohliche Verschärfung erfahren. Wir wissen zwar nicht, ob dieser Verfall richtig ist — die spanische Regierung führt fort, die Möglichkeit zu bestreiten, daß die Explosion durch eine Einwirkung von außen herbeigeführt, sondern hält fest an der Ansicht, daß sie nur aus inneren Ursachen zu erklären sei. Aber es ist doch ganz klar, daß den gewerkschaftlichen Kriegsschiffen in Amerika neues Wasser zugeführt ist, seitdem die ersten Mitteilungen über das Ergebnis der Untersuchung bekannt geworden sind. Und eben so wird auf der anderen Seite auch in Spanien die Leidenschaften besonders entzündet worden durch die Art, wie die Presse in Amerika zum Teil den Streitfall behandelt hat und weiter behandelt. Aber neuerdings wird die Kriegsgefahr der Presse noch überboten durch das Waffengeklirr in offiziellen Körperparaden. So wird aus Washington, 24. März, berichtet:

Die Galerien des Verammlungssaales des Senats waren bis auf den letzten Platz gefüllt, als Senator Thurston seine Rede begann. Er sagte, er könne jedes Wort seines Mitredners Senator Proctors bekämpfen. Derselbe habe die auf Cuba herrschenden Zustände noch nicht einmal in kurzen Worten geschildert. Unter General Weyler wären 400 000 Personen, meistens Greise, Weiber und Kinder, vom flachen Lande in die Städte getrieben worden. Nach der Schätzung der Konserablen seien 210 000 davon Hungers gestorben. Es gäbe keine Hilfe für die Notleidenden, wenn sie nicht von den Vereinigten Staaten käme. Die Spanier könnten die Insurgenten nicht besiegen und die Insurgenten ihrerseits könnten die Spanier nicht aus den besetzten Städten vertreiben. Mehr als 60 000 Mann spanische Truppen seien überhaupt nicht kriegstauglich auf Cuba. Sie befänden sich nicht meistens in erwärmtem Zustande. Die Jucht sei lag. Er glaube nicht, daß die gesamte spanische Armee auf Cuba sei mit 20 000 amerikanischen Soldaten in offener Feldschlacht aufnehmen könne. Er, der Redner, werde niemals in seinem Leben die furchtbaren Szenen der Kämpfe, deren Augenzeuge er gewesen wäre, wie Männer, Weiber und Kinder ohne eine Frage dahingefahren. „Spanien hat das gependete Geld nicht dazu verwandt, diese Leute zu retten und wird es auch ferner nicht tun. Die Wohltätigkeit der Vereinigten Staaten muß sie pflegen und nähren. Man vergegenwärtige sich das Schauspiel. Wir erzählen diese spanischen Bürger, wir pflegen die spanischen Kranken und retten diejenigen, welche noch gerettet werden können. Und dennoch giebt es noch Leute, welche behaupten, es sei ganz recht, Lebensmittel zu senden, sonst müßten wir aber die Hände vom Spiel fernhalten. Ich sage, die Zeit ist gekommen, wo Gewehre die Lebensmittel begleiten müssen. Jetzt sind wir dem 20. Jahrhundert nahe gekommen. Christus ist vor 1900 Jahren gestorben und Spanien ist eine christliche Nation. Spanien hat mehr Kreuze in mehr Ländern unter vielen Himmeln aufgerichtet und unter dem Zeichen dieses Kreuzes mehr Leute abgeschlachtet, als alle Nationen der Erde zusammen genommen. Europa mag das Dasein Spaniens ertragen, so lange es wünscht. Aber möge Gott zugeben, daß die letzte Spur spanischer Drangsal und Bedrückung von der westlichen Hemisphäre verschwunden ist, ehe ein neuer Christtag anbricht. Die Zeit zum Handeln ist gekommen. Nicht wegen der Explosion auf der „Maine“. Es steht zu hoffen, daß die Regierung in der kubanischen Lage ganz von der letzten Angelegenheit unabhängig handelt. Wenn der Bericht über die Explosion eingegangen ist und es sich findet, daß sie von außen herbeigeführt, so werden wir hinlänglichen Schaden ersatz fordern. Wenn die spanischen Behörden im Spiele waren, so wird die Strafe schnell und furchtbar sein. Die Autonomie hat keinen Erfolg gehabt. Sagasta und Blanco können den Konflikt nicht beenden, noch den Notleidenden helfen. Jede weitere Stunde fügt der Geschichte des entsetzlichen Glücks und Sterbens ein neues Kapitel hinzu. Es ist zu spät, die Insurgenten als Kriegführender Macht oder die Unabhängigkeit

Rubas anzuerkennen. Ich bin gegen Bonds-Garantie. Es steht nur ein Weg offen, wenn man überhaupt etwas thun will, nämlich Intervention, damit Cuba unabhängig wird, d. h. die Landung einer Armee und die Abführung einer Flotte nach Havana. Diese würde zu den Spaniern sagen: „Verlaßt die Insel!“ Eine solche Intervention würde an sich nicht Krieg bedeuten, obgleich sie ohne Zweifel zum Kriege führen würde. Sollte es dazu kommen, so würde die Ursache die sein, daß Spanien gegen die Freiheit und Unabhängigkeit der Kubaner auftritt.“ Die Rede Thurstons machte einen gewaltigen Eindruck auf den Senat. Senator Allen geleitete seinen Kollegen aus dem Hause. — Der Senat hat sich bis zum Montag vertagt.

Washington, 28. März. Der Bericht der Untersuchungskommission über den „Maine“-Unfall wurde heute den beiden Häusern des Kongresses vorgelegt. Zugleich ging dem Kongress eine Botschaft des Präsidenten Mac Kinley zu. Diese wirkt zunächst einen Eindruck auf den Verlauf der Angelegenheit und den freundschaftlichen Meinungsaustrausch, der zu dem Besuche der „Maine“ in Havana und der „Biscaya“ in Newport führten und weist auf die gute Wirkung hin, welche diese Wiederholung der Auslands freundschaftlicher Besuche gehabt habe. Die Botschaft bekräftigt jedoch die mit der „Maine“-Explosion im Zusammenhang stehenden Einzelheiten; sie erwähnt die starke übermäßige Aufregung, die in den Vereinigten Staaten dadurch hervorgerufen worden sei, die indessen bald dem Entschlusse Platz gemacht habe, in Ruhe Beweise abzuwarten, ehe man über die Angelegenheit aburtheile. Die Untersuchungskommission habe ihre Nachforschungen mit großer Sorgfalt angestellt. Die Botschaft giebt sodann den Bericht im Auszug wieder; darin heißt es, die „Maine“ sei durch einen regelrechten Regierungsschiffen zu ihrer Boje im Hafen von Havana geleitet worden; ferner werden die entstandenen Schäden beschrieben, die lediglich einer Minenexplosion zugeschrieben werden könnten. Sodann giebt die Botschaft die bereits gemeldeten Schlussfolgerungen des Kommissionsberichts auf und fährt dann fort: Ich habe Anweisungen erteilt, daß der Wahrspruch der Untersuchungskommission und die Anschuldigungen der Regierung der Regierung Ihrer Majestät der Königin-Margaret mitgeteilt werden. Ich erlaube mir nicht daran zu zweifeln, daß der Gerechtigkeitssinn der spanischen Nation den durch die Gerechtigkeit und freundschaftlichen Beziehungen der beiden Regierungen empfohlenen Weg des Vorgehens bezeichnen wird. Das Ergebnis wird dem Kongresse mitgeteilt werden. Zugewiesen fordere ich den Kongress zu bestimmter Beschlußfassung auf. Sowohl vom Senate als vom Repräsentantenhaus wurde die Botschaft und der Kommissionsbericht ohne Debatte an den Ausschuss für die auswärtigen Angelegenheiten verwiesen.

Mißstände im Auktionswesen.

Bei dem Auktionswesen haben sich seit geraumer Zeit Mißstände entwickelt, die einer baldigen Abstellung dringend bedürfen. Der wirtschaftlich schwache Staat bei dem jetzigen Stande des Auktionswesens unrettbar einem Ringe von Händlern preisgegeben und er muß oftmals mit Entsetzen beobachten, daß die ihm abgepfändeten Gegenstände in einer solchen Weise veräußert werden, daß die Summe ihres Auktionsertrages nicht einmal hinreicht, ihn von der Schuld, wegen der er gepfändet worden ist, zu entlasten.

Wer heutzutage versucht, in Auktionen als Selbstkäufer aufzutreten, sieht sich oft genug dem Hohn und den Schmähungen des Händlerringes ausgesetzt; bleibt er dennoch standhaft und wagt als Bieter mitzutun, so wird er planmäßig überboten, so daß er das Wiederkommen vergißt. Vielfach wird darum — auch in kleineren Städten bereits — die Sache seitens erfahrener Privatkäufer so gemacht, daß sie dem Händlerringe einen „fiktiven“ Auftrag geben, so daß der Händlerring unter allen Umständen bestehen bleibt. Der Händlerring operiert gemeinsam, er theilt Gewinn und Spesen (beispielsweise beim Lieberbieten von Privaten) und geht gegen das Publikum terroristisch vor; er beherrscht thatsächlich das ganze Auktionswesen und durch sein Wirken werden die gepfändeten Gegenstände entwertet.

Man kann es erleben, daß Jemand, dem wegen einer Schuld von 20 Mark eine Nähmaschine gepfändet wird, die Nähmaschine in der Auktion los wird; aber daß deren Ertrag nur gerade hinreicht, um die Kosten des Verfahrens zu decken, so daß eine neue Pfändung — vielleicht mit demselben Erfolge — bedroht. Solche Zustände, die namentlich auf die wirtschaftlich Schwachen, in vielen Fällen auf die Bedürftigsten der Bevölkerung drücken, sind unhaltbar.

Es wird sehr schwer sein, auch diesem Ringe beizukommen; allein der Versuch muß gemacht werden. Wie es heißt, beabsichtigt der Berliner Magistrat städtische Auktionshallen zu gründen, um das Auktionswesen zu zentralisieren. Das wäre ein Anfang zu einer lokalen Besserung; allein es müßte mehr geschehen. Das selbsttätige Publikum müßte vor dem Terrorismus des Händlerringes geschützt, die Auktionsfrist müßte verlängert, der Zuschlag, im Fall zu niedrige Angebote fallen, einer später zu wiederholenden Auktion vorbehalten werden, nach der der Auktionator sich zu richten und unter welcher er erst dann loszuschlagen hat, wenn die wegen zu geringer Gebote aufgeschobene Auktion, deren Termin gehörig bekannt zu machen ist, ohne Erfolg wiederholt wird. Vielleicht wäre es auch ratsam, auf Grund der Tage freihändigen Verkauf vor dem Auktionstermin zuzulassen und eventuell „Tourante“ Pfandfachen zu lombardieren, um deren Entwertung zu verhindern und den wirtschaftlich Schwachen auch auf diesem Gebiete den notwendigen Schutz angedeihen zu lassen.

Aus dem Reiche.

Im Schlosse zu Homburg v. d. G. wird, wie von dort geschrieben wird, die ehemalige Land-

gräfliche Hofkirche, welche seit 1836 als Bibliothek benutzt wurde, wieder zu einer Kapelle eingerichtet, in welcher, wie bereits erwähnt, das Kaiserpaar am Osterfest durch den Oberhofprediger D. Orbaner das Abendmahl empfangen wird. Der Marfial des Kaisers wird mit etwa zwanzig Pferden im Schwedenhof des Hotel Adler dajelbst untergebracht. Der Aufenthalt des Kaisers ist vorläufig auf etwa vierzehn Tage vorgesehen. Bei dieser Gelegenheit wird der Monarch von dort aus verschiedene Abkieder, unter anderen zum Grafen v. Goerz, unternehmen. — Der Staatssekretär des Reichs-Marine-Ministers sowie die sämtlichen Offiziere und Beamten des letzteren, die an der Vorbereitung und Durchführung des Flottengesetzes beteiligt waren, waren für gestern Abend zur kaiserlichen Tafel befohlen. — Die Berliner Universitätsbibliothek ist in den Besitz eines kostbaren Neumachtwort gelangt. Es handelt sich um die sehr umfangreiche Bibliothek des verstorbenen Geh. Justizrates Prof. Dr. L. Goldschmidt, des ausgezeichneten Handelsrechtslehrers. Die Bibliothek umfaßt gegen 10 000 Bände. Darunter sind viele recht seltene Bücher, namentlich auch vom Auslande, in erster Reihe natürlich aus dem Sonderlande des Gelehrten. An dem wertvollen Vermächtnis werden einzelne Institute und Seminare Anteil haben; die größere Menge der Schriften aber ist der Universitätsbibliothek überwiesen, die dadurch eine außerordentliche Bereicherung erfährt und nun erkennenlicher Weise in der Lage ist, manche bisher vorhandene Lücke auszufüllen. — Eine freudige Überraschung wurde am letzten Freitag ganz unerwartet ein. Ein Teil der Unterbeamten der Berliner Stadt- und Ringbahn zu Teil. Circa ein Drittel dieser Beamten war beim letzten Weihnachtsfest leer ausgegangen. Am Freitag wurde nun denselben, und zwar sämtlichen Schaffnern, Weichenstellern, Telegraphen, Nachwächtern, Bahnsteigkontrollanten, eine nachträgliche Weihnachtsgatifikation von je 20 Mark ausbezahlt. Die Freude bei den betreffenden Beamten war um so größer, als der bevorstehende Quartalslohn so wie so größere Auslagen bringt. — Gestern sind noch zwei Nachwahlen zum Abgeordnetenhaus gezogen worden. Im Wahlkreise Landsberg-Solbin wurden insgesamt 227 Stimmen abgegeben, die sämtlich auf den Antikrist Höltsche (kons.) in Solbin fielen. Ein Gegenkandidat wurde nicht aufgestellt. In derselben unbesetzten Weise und mit genau derselben Stimmenzahl wurde im Wahlkreise Rastenburg-Verden-Friedland von Wehling-Kapfstein (konserbativ) gewählt. — Der Kommunalantrag von Hesse-Nassau bewilligte für die Nationalfeste auf dem Niederwalde einen jährlichen Beitrag von 3000 Mark unter der Bedingung, daß der Rheingaukreis ebenfalls eine Unterstützung gewährt. — Gestern Morgen gegen 9 Uhr sind bei der Einfahrt des gemischten Zuges 602 von Wirt in den Bahnhof Zbebo zwei Personenwagen entgleist und nicht unerheblich beschädigt, wobei einer Dame die rechte Hand abgequetscht worden ist. Weitere Personen haben nebensächliche Verletzungen nicht erlitten. Die Ursache des bedauerlichen Unfalls ist mit Sicherheit noch nicht festgestellt. — Wegen Vertheilung an Schlägermännern des Würzburger S. C. verurtheilte die dortige Strafkammer den Stud. Jur. Rudolf Wiebe-Bantke zu drei Monaten Festung, den Totalsünder zu einem Monat.

Deutschland.
Berlin, 29. März. Anlässlich der feierlichen Enthüllung der Büste Kaiser Wilhelms I. in der Walhalla hat Prinzregent Luitpold von Bayern folgendes Handschreiben an den Regierungsverwaltungsrath Grafen Fugger gerichtet:
„Mein lieber Regierungspräsident Graf Fugger! Der ehrende Empfang, der meinem hohen Gäste wie mir gestern in Regensburg und Umgebung in so reichem Maße zu Theil wurde, hat mich mit inniger Freude erfüllt. Die überaus herzlichen Begrüßungen aus allen Schichten der Bevölkerung in Stadt und Land, die warme Anteilnahme derselben an dem festlichen Anlaß, der mich nach Regensburg führte, sind mir eine neue Bestätigung, daß auch meine lieben Oberpfälzer in alter Treue ihrem angestammten Herrscherhause anhängen und ihren Gefühlen in sinniger und ergreifender Weise Ausdruck zu verleihen bemüht sind. Ich bin seiner Majestät des Deutschen Kaisers und König von Preußen dankbar, daß er zu dem feierlichen Akt der Enthüllung der Büste während seiner Majestät des Deutschen Kaisers Wilhelm I., Königs von Preußen, einen allerböchsten Stellvertreter in der Person seiner königlichen Hoheit des Prinzen Friedrich Heinrich von Preußen zu entsenden gerührte, der Zeuge sein konnte von der jubelnden Begeisterung, mit welcher die aus nah und fern herbeigekommene Menge aller Stände und Berufsstände sich an dem Festakte betheiligte. In dem ich Sie, mein lieber Regierungspräsident, ersuche, Allen, die in so herzlicher Weise mir ihre Liebe und Treue bezeugten und Allen, die durch ihre Mitwirkung die Feier in der Walhalla mit herrlicher, meinen innigsten Dank zu übermitteln, bin ich mit halbdankbaren Gefühlen

München, den 23. März 1898.

Ihr wohlgeheimer Luitpold, Prinz von Bayern.“

Oesterreich-Ungarn.

Prag, 27. März. Es beginnen hier wieder die Angriffe auf die deutschen Studenten. Gestern wurde auf dem Graben Vormittags einem Studenten ohne Anlaß die Souleurekappe vom Kopfe geschlagen. Abends gegen 10 Uhr wurden zwei Studenten und ein Beamter der Finanzlandesdirektion wegen Deutschsprechens von fünf unbekannten Burgen überfallen und mit Stöcken mißhandelt. Der Jurist Lehner erhielt einen solchen Schlag auf den Kopf, daß er bewußtlos niederfiel. Um 1/8 Uhr verließ ein Trupp von 150 jungen Leuten zum Neuen Deutschen Theater zu gelangen, wurde zwar von der Polizei daran gehindert, zog aber dann zum deutschen Wirtshaus Delme in den Weinbergen, wo Fenstersteine eingeworfen wurden.

England.

London, 28. März. Der „Times“ wird aus Peking vom heutigen Tage gemeldet, daß

die Vereinbarung mit Rußland geklärt unterzeichnet worden sei, nachdem die kaiserliche Zustimmung bereits im Voraus erteilt worden war. Die chinesische Garnison sei aus Port Arthur und Tientsin zurückgezogen, russische Truppen dort gelandet, und über beiden Plätzen wehe jetzt die russische Flagge.

Die Nachricht von der thatsächlichen Abtretung Port Arthurs an Rußland, sowie von der Vorschreibung des englischen Geschwaders nach dem Meerbusen von Peking erregt seit Sonnabend Abend steigende Unruhe und Aufregung. Sonnabend herrschte ungemein lebhaftes Treiben im auswärtigen Amt. Valfour verweilte den ganzen Tag dort. In der Admiraltät, im Kriegs- und im Kolonialamt herrschte regste Thätigkeit. Die „Times“ hebt in einem beunruhigenden Artikel den von Volke nicht genug gewürdigten Ernst der Lage hervor und zählt die verschiedenen Punkte auf, wo England heute in bedenklichen Verwickelungen stehe.

Griechenland.

Athen, 28. März. Drei angelegene griechisch-macedonische Hauptlinge haben vom macedonischen Komitee in Sofia eine Einladung erhalten, sich dorthin zu begeben, um die Führerschaft von Freischauern zu übernehmen, die nach Macedonien bestimmt sind. Alle drei haben die Einladung abgelehnt mit der Bemerkung, daß sie nur vom Süden in Macedonien einmarschieren werden, wenn der richtige Augenblick da sein wird. Vierzig Griechen, Reste der vorjährigen Freischauern, seien noch in Monastir gefangen und haben eine Wilschrift an Griechenland gerichtet, um ihre Freilassung zu erwirken.

Stettiner Nachrichten.

* Stettin, 29. März. Der Stettiner Grundbesitzer-Verein hatte seiner gestrigen Versammlung in der Bültharmonie durch Einfaltung von Beiträgen den Charakter einer geselligen Veranstaltung gegeben und damit einen guten Gedanken zum Ausdruck gebracht, wie der ungemein zahlreiche Besuch erkennen ließ. Herr Direktor Watterstraß hielt zunächst einen interessanten Vortrag über „das Clementarjahr“ Stettins bis zum Erlaß der Städteordnung im Jahre 1808“. Besonders ausführlich behandelte Redner die Schule des 18. Jahrhunderts, welche vorbereitend wirken mußte für die durch den Freiern v. Stein geschaffene Neuregelung des städtischen Schulwesens. Eigentümlich berührt es unser gerade bei allen Schulangelegenheiten an die peinliche Ordnung gewöhntes Gefühl, wenn wir erfahren, daß Verordnungen erlassen werden mußten gegen die Anstellung ungeprüfter Lehrer, da Leute aus allen möglichen Berufsweisen sich zum Schulmeisteramt geeignet hielten. Der Qualität der Lehrkräfte entsprechend war ihre Bezahlung eine nach unseren Begriffen erbärmliche und selbst bei dem sehr viel höheren Geldwerth und den geringen Bedürfnissen der damaligen Zeit wird das Einkommen der Lehrer keinesfalls glänzend genannt werden können. Daraus allein schon ergab sich die Nothwendigkeit, daß der Schulhalter ein Handwerkbetreibender oder einer anderen gewinnbringenden Thätigkeit sich zuwenden mußte, wogu ihm der Unterricht hinlänglich Zeit ließ. Vielfach übernahmen die Lehrer Notariatsgeschäfte, weshalb sie auch wohl Schulreiber genannt wurden, doch erfahren wir, daß einmal sogar das Lehramt als Abend eines Nachwächterpostens vergeben werden sollte. Die Vermögens, diese gerfahrenen Verhältnisse zu ordnen, konnten bei dem einzigen Hader zwischen Stadtverwaltung und Konfistorium über das Recht der Schulaufsicht zu keinem Erfolg führen, erst durch den Erlaß der Städteordnung gelang es, das Schulwesen auf eine gesunde Basis zu stellen und damit die weitere gedeihliche Entwicklung desselben anzubahnen. — Der gemeinverstandlich gehaltene Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen und nahm Herr Generalagent Collas Gelegenheit, dem Redner den Dank des Vereins auszusprechen. — Es folgte nunmehr die Vorführung einer Reihe lebender Photographien mittelst eines von Herrn Schlimann aufgestellten Kinetographen, wobei sich die Erschienenen trefflich unterhielten, die Zeit war jedoch inzwischen bereits soweit vorgeschritten, daß die Referate über die Anträge Weyersbuch und Wieg auf Abänderung des Kommunalabgabengesetzes im Sinne des Grundbesitzes, sowie über die Steuern und Lasten des Stettiner Grundbesitzes nach dem Etat 1898—99 bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt werden mußten. Angekündigt wurde ferner ein Vortrag über das Mietrecht nach dem neuen bürgerlichen Gesetzbuch. — Aus dem zum Schluß noch gemachten geschäftlichen Mittheilungen ist hervorzuheben, daß die Stettiner Elektrizitätswerke den Preis für die Brennstände einer 16 Kerzen starken Glühlampe vom 1. Juli ab auf drei Pfennig ermäßigen. Bei Anlage von Furt- und Treppeneinrichtungen soll ferner in Zukunft die Beleggebühr für die Kontaktfuhr in Fortfall kommen und bei mehr als acht Lampen für die folgenden ebenfalls ein Preisnachlaß eintreten. — Vorgelegt werden weiter die neuen Tarifblätter, welche nach einem beigefügten Outachten des Herrn Direktor Leese von der Augenheilkunde ein ausgezeichnetes Brennmaterial darstellen.

— Die am 1. April d. J. in Kraft tretende Gewerbeordnungs-Novelle vom 26. Juli 1897 enthält über das Halten von Lehrlingen folgende wichtigen neuen Bestimmungen: Die Befugnis zum Halten oder zur Anleitung von Lehrlingen steht nur solchen Personen zu, welche sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Außerdem kann die untere Verwaltungsbehörde die genannte Befugnis solchen Personen, welche sich wiederholt großer Pflichtverletzungen gegen die ihnen anvertrauten Lehrlinge schuldig gemacht haben, oder gegen welche Thatfachen vorliegen, die sie in sittlicher Beziehung ungeeignet erscheinen lassen, sowie solchen Personen, welche wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen zur Führung einer Lehrlings-Anleitung nicht geeignet sind, durch schriftliche Verfügung ganz oder auf Zeit entziehen. Ferner kann die untere Verwaltungsbehörde einem Lehrherrn, wenn er eine im Mißverhältnis zu dem Umfang oder der Art seines Gewerbebetriebes stehende Zahl von Lehrlingen hält und dadurch die Ausbildung derselben gefährdet erscheint, die Entlassung eines

entprechenden Theils der Lehrlinge aufgeben und die Annahme von Lehrlingen über eine bestimmte Zahl hinaus untersagen. Gegen derartige polizeiliche Verfügungen steht dem Lehrherrn laut kaiserlicher Verordnung vom 19. August 1897 die Klage beim Kreis- bezw. Stadtschulbehörden und in zweiter Instanz beim Bezirksausschuß zu. Die Entscheidung des letzteren ist endgültig. Jedoch kann die entzogene Befugnis durch die höhere Verwaltungsbehörde nach Ablauf eines Jahres wieder eingeräumt werden.

— Die Bestimmung der preussischen Staatsbahnen über die Verlängerung der Geltungsdauer von heute ab gelassen direkten Aufschubarten bis zum 22. April ist, wie die königliche Eisenbahndirektion bekannt macht, nachträglich auch von einigen anderen als den bereits aufgeführten Staats- und Privatbahnen angenommen worden. Dazu gehören insbesondere die österreichischen und normwegischen Staatsbahnen, die niederländischen Bahnen, die Augsburger, die Bielefelder, die Marbacher, Wiener Bahn (hinsichtlich des Verkehrs mit Alexandrow), die Ostpreussische Südbahn, die Niederlausitzer, Silbesheim-Weiner Kreisbahn u. a.

— Seitens des landwirtschaftlichen Ministeriums sind die Direktoren sämtlicher Hypothekendarlehen auf den 5. April zu einer Konferenz eingeladen, um gemeinsam über Maßnahmen zur Sanierung der Verhältnisse der Stettiner National-Hypotheken-Kredit-Gesellschaft zu beraten.

— Da das Gesetz betreffend die Aufhebung der Verpflichtung zur Bestellung von Amtskautionen vom 7. März d. J. nunmehr veröffentlicht worden ist und am 1. April d. J. in Kraft tritt, hat der Minister der öffentlichen Arbeiten bestimmt, daß Abzüge vom Dienstkonten zur Aufsammlung oder Verklärung von Amtskautionen an diesem Tage nicht mehr eingubehalten sind.

— Gestern fand bei dem hiesigen Oberlandesgericht ein Referendare-Examen statt. Als Examinatoren fungierten die Herren Senatspräsident Geh. Ober-Justizrat Dr. Meyer, Ober-Landesgerichtsrath Mommsen und die Professoren Dr. Frommhold und Landesgerichtsrath Nedem. Von den Examinanden bestanden die Herren v. Blankenburg und Friede.

— Aus mehreren Gegenden unserer Provinz geht uns die Nachricht zu, daß am Sonnabend und Sonntag die Störche zurückgekehrt sind.

* In der Zeit vom 20. bis 26. März sind hieselbst 21 männliche und 26 weibliche, in Summa 47 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 25 Kinder unter 5 und 9 Personen über 50 Jahren. Von den Kindern starben 7 an Lebensschwäche, 4 an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen, 4 an Krämpfen und Krampfanfällen, 3 an entzündlichen Krankheiten, 2 an Gehirnkrankheiten, 2 an Durchfall und Brechdurchfall, 1 an Kruchhusten, 1 an katarrhalischem Fieber und Grippe, 1 an organischer Herzkrankheit. Von den Erwachsenen starben 5 an Schwindel, 3 an Krebskrankheiten, 2 an organischen Verletzungen, 2 an entzündlichen Krankheiten, 2 an Altersschwäche, 1 an Diphtherie, 1 an Unterleibstypus, 1 an Eitervergiftung, 1 an Entzündung des Brustfells, der Luftröhre und Lungen, 1 an Entzündung des Unterleibs, 1 an Schlagflus, 1 an entzündlicher und 1 an chronischer Krankheit.

* In einer der letzten Nächte wurde eine Bodenammer des Hauses Breitelstr. 61 erbrochen und Wäsche im Werthe von annähernd 180 Mark gestohlen. Von den Stichen war ein Tischchen mit den gothischen Buchstaben L. G., alle übrigen mit einem lateinischen M. gezeichnet.

— Im BelleVue-Theater gelangt morgen Mittwoch der Schwan „Eugenbrüder“ zur Wiederholung und dürfte sich für längere Zeit die letzte Aufführung sein. Als nächste Novität befindet sich das Schauspiel „Das neue Ghetto“ in Vorbereitung.

— Zu einem Doppelkonzert hatte sich gestern Abend der Gesangsverein der Stettiner Handwerker-Kassette mit der Kapelle des Artillerie-Regiments im „Reichsadler“ vereinigt und sollte dies die offizielle Weihe dieser neu eingerichteten Konzerte sein. Aus diesem Anlaß war das Programm besonders gewiß aufgestellt, die Kapelle unter Leitung des Herrn Langer bot hervorragende Orchesterwerke von Wagner, Mascagni, Raffesni, Weber, Rubinstein und Thomas und brachte dieselben in vorzüglicher Weise zum Vortrag, besonders Beifall erntete ein Solist der Kapelle für ein Trompetenstück, die Liebesraum-Fantaisie von Hoo. Der Gesangsverein unter Leitung des Herrn Lehrer Seeger bewies wieder, daß er es mit der Pflege des Gesanges ernst nimmt, die Chöre klangen frisch und rein, wie immer lobten die Beifalls, der „Die Deutschen am Rio de la Plata“ mit den trefflich gesungenen Tenor- und Bariton-Solisten besonders starke Wirkung aus und das die Räume dicht füllende Publikum fargte nicht mit Beifall.

— (Personenveränderungen im Bezirk des Oberlandesgerichts in Stettin für den Monat Februar 1898.) Es sind ernannt: Zum Amtsrichter: Die Gerichtsschaffnerin Pingel in Jaltrow, Dr. Paterna in Jakobspagen und Geiger in Hohenleben, zum Gerichtsschaffner: Die Referendarin Flamm, Sommer und Wulff, zum Referendar: Der Rechtskandidat Carlom, zum Gerichtsschreiber: Die diätarischen Gerichtsschreiberhelfer Dienerberger bei dem Amtsgericht in Stettin, Schneider aus Stettin in Tempelburg, der diätarische Staatsanwaltschaftssekretär Notizschall aus Stettin in Neuwarp, zum Gerichtsvollzieher in Neuwarp: Der Gerichtsvollzieher A. Günther dajelbst, zum Fortkantsassistent: Der königliche Oberförster Weber in Neu-Straßow bei dem Amtsgericht in Rügenwalde und der königliche Forstmeister Marquardt in Jakobspagen bei dem Amtsgericht in Jakobspagen und Stargard, zum Stellvertreter bei dem Amtsgericht in Stettin: Der Hilfsgerichtsdienerr Wille. Es sind verlegt: Der Erste Staatsanwalt Müller von Greifswald nach Bonn, der Landrichter Rammberg von Königs als Amtsrichter nach Greifswald, der Gerichtsschaffner Harder von Stargard in den Oberlandesgerichtsbezirk Königsberg i. Pr., der Gerichtsschreiber Sekretär Joch von Belgard a. Pr. an das Amtsgericht in Stargard i. Pr., Diebold von Ewinemünde nach Barth, der Staatsanwaltschaftssekretär Schulz von Köslin als Gerichtsschreiber nach Belgard a. Pr., der

